Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Personaluntergrenzen kommen

Das Bundeskabinett hat die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhausbereichen, in denen das aus Gründen der Patientensicherheit notwendig ist, beschlossen. Damit werden die Ergebnisse der Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ zügig umgesetzt. Das geschieht unter Einbindung des Deutschen Pflegerats. Dabei werden wir darauf achten, dass es nicht zu Personalverschiebungen von einem Bereich hin zu anderen Bereichen kommt. Denn bereits heute fehlen rund 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Krankenhauspflege. Der entsprechende Pflegestellenaufbau zur Absicherung dieser Untergrenze wird finanziell gefördert. Unverzichtbar ist, dass eine Verwendungsfestschreibung der Mittel für die Pflege erfolgt und die Einhaltung der Personaluntergrenzen nachweislich geprüft und mit verbindlichen Vergütungsabschlüssen bei Nichterfüllung sanktioniert wird. Dies darf jedoch nicht zulasten der notwendigen personellen Flexibilität der Krankenhäuser gehen. Ein weiterer Schritt für mehr Personal ist die geplante Bündelung der Fördermittel für die Pflege in einem Topf. Der bereits bestehende Pflegezuschlag soll um die Mittel des Pflegestellen-Förderprogramms ergänzt werden und damit ab 2019 von bisher 500 Millionen Euro auf bis zu 830 Millionen Euro pro Jahr anwachsen. Unabhängig dessen benötigen wir wissenschaftlich fundierte Personalbemessungsregelungen, deren Ergebnis für die Krankenhausfinanzierung verbindlich gelten.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Aktuell: AOK Pflege-Report 2017

Der Pflege-Report 2017 des AOK Bundesverbandes und des Wissenschaftlichen Instituts der AOK zeigt ein deutliches Ergebnis: Die Pflegeheime benötigen mehr und besser ausgebildetes Personal. Weit über die Hälfte der befragten professionell Pflegenden gibt an, dass der in der Pflege herrschende Zeitdruck dazu führt, das unter anderem bei herausforderndem Verhalten bei Demenz zu wenig nicht-medikamentöse Interventionen eingesetzt werden. Pflegenden sind bei ihrer Arbeit massiv mit den Symptomen von herausforderndem Verhalten bei Demenz belastend konfrontiert. Sie benötigen Unterstützung.

Der AOK Bundesverband steht in der Pflicht, sich an die Spitze der Kostenträger zu stellen, um die Arbeitsbedingungen der professionell Pflegenden zu verbessern. Mehr Personal in der Altenpflege führt dazu, dass die Arbeitsbelastung sinkt. Die Mitarbeiter hätten unter anderem mehr Zeit, für die auch aus professioneller Sicht dringend erforderlichen nicht-medikamentösen Interventionen. Das sichert und gewährleistet die Patientensicherheit, bei sinkender Verwendung von Psychopharmaka.

Darüber hinaus zeigt der Pflege-Report 2017, dass die Anforderungen an die professionell Pflegenden in medizinischer wie auch pflegerischer Hinsicht weiterhin steigen. Darauf muss in der Pflegeausbildung reagiert werden. Das Pflegeberufereformgesetz muss hier auch in seiner Kompromisslösung die richtigen Lösungen anbieten.

Franz Wagner
Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)